Satzung
über das Friedhofs- und Bestattungswesen
der Stadt Selm vom 21.12.2018


I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1
Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Selm gelegene und im Eigentum der Stadt stehende und von dieser verwaltete Friedhöfe:

a) Friedhof Stadtteil Selm
b) Friedhof Stadtteil Bork
c) Friedhof Stadtteil Cappenberg

§ 2
Friedhofs Zweck

Die Bestattung bzw. Beisetzung anderer Personen bedarf einer vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(2) Für Tot- oder Fehlgeburten sowie die aus Schwangerschaftsabbrüchen stammenden Leibesfrüchte gelten die Bestimmungen dieser Satzung entsprechend, wenn gemäß § 14 Abs. 2 Bestattungsgesetz NRW eine Bestattung auf einem Friedhof der Stadt Selm durchgeführt wird.

(3) Die Wahl des Friedhofes, auf dem die Bestattung bzw. Beisetzung erfolgen soll, ist frei.


§ 3
Schließung und Entwidmung

(1) Die Friedhöfe und Friedhofsteile können für weitere Bestattungen bzw. Beisetzung gesperrt (Schließung) oder einer anderen Verwendung zugeführt werden (Entwidmung).


II. Ordnungsvorschriften

§ 4
Öffnungszeiten

(1) Die Öffnungszeiten auf den Friedhöfen werden von der Friedhofsverwaltung festgesetzt und durch Aushang bekannt gemacht.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten von Friedhöfen, Friedhofsteilen oder Friedhofsgebäuden aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.
§ 5
Verhalten auf dem Friedhof

(1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofpersonals sind zu befolgen.

(2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,

a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen / Rollerblades / Skateboards aller Art, ausgenommen Rollstühlen, Kinderwagen, Fahrzeugen der Friedhofsverwaltung und Fahrzeugen der auf dem Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden, zu befahren,

b) Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten oder diesbezüglich zu werben,

c) störende Arbeiten an Sonn- und Feiertagen und während der Beerdigungen und Gedenkfeiern auszuführen,

d) den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigt zu betreten,

e) Abraum und Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze abzulegen,

f) zu lärmern, Rundfunkempfänger oder ähnliche Geräte zu betreiben,

g) ohne schriftlichen Antrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren,

h) Druckschriften zu verteilen, mit Ausnahme von Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,

i) Tiere mitzubringen, ausgenommen angeleinte Hunde.

(3) Kinder unter 6 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.

(4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

(5) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung bzw. Beisetzung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens 4 Tage vorher anzumelden.
§ 6 Gewerbliche Betätigung

(1) Steinmetze/Steinmetzinnen, Bildhauer/innen, Gärtnerschaft/innen, Bestatter/innen und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung. Über den Antrag auf Zulassung wird innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Eingang des Antrags entschieden. § 42a Abs. 2 Sätze 2 bis 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW gelten entsprechend. Ist innerhalb der v. g. Frist nicht über den Antrag entschieden, gilt die Genehmigung als erteilt.

(2) Auf ihren Antrag hin werden nur solche Gewerbetreibende zugelassen, die

a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und

b) ihre Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei Antragstellern/Antragstellerinnen des Handwerks ähnlichen Gewerbes ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung nachweisen oder die selbst oder deren fachliche Vertreter/innen die Meisterprüfung abgelegt haben oder

   c) mit vergleichbaren Dokumenten eines anderen EU-Staates ausgestattet sind, die die gleichwertige Funktion wie inländische Dokumente gem. § 6 Abs. 2 Buchst. b) haben oder aus denen hervorgeht, dass die betreffende Anforderung erfüllt ist.

(3) Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung davon abhängig zu machen, dass der/die Antragsteller/in einen für die Ausführung seiner/ihrer Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.

(4) Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannter Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszeck ver einbar ist. Absätze 2 und 3 gelten entsprechend.


(6) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung der Gewerbetreibenden, die trotz schriftlicher Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofsassoziation verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei schweren Verstößen ist eine Mahnung entbehrlich.

(7) Den Gewerbetreibenden ist zur Ausübung ihres Berufes das Befahren der Wege mit höchstens Kleintransportern und nur insoweit gestattet, als die Wege für das Befahren von der Breite und dem Aufbau geeignet sind.
III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7
Anzeigepflicht und Bestattungszeit


(3) Soll eine Aschenbeisetzung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.


(5) Außerhalb der Bestattungs- bzw. Beisetzungsszeiten nach Abs. 4 kann die Friedhofsverwaltung an Werktagen Bestattungen bzw. Beisetzungen zulassen für dienstags bis freitags nach 14.00 Uhr und samstags in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr (Bestattungsende). Hierfür können besondere Gebühren nach der Friedhofsgebührenordnung erhoben werden.

(6) Erdbestattungen dürfen frühestens 24 Stunden nach Eintritt des Todes durchgeführt werden. Die örtliche Ordnungsbehörde kann eine frühere Bestattung aus gesundheitlichen Gründen anordnen oder auf Antrag von Hinterbliebenen genehmigen, wenn durch ein besonderes, aufgrund eigener Wahrnehmung ausgestelltes Zeugnis einer Ärztin oder eines Arztes, die/der nicht die Leichenschau nach § 9 BestG NW durchgeführt haben, bescheinigt ist, dass die Leiche die sicheren Merkmale des Todes aufweist oder die Verwesung ungewöhnlich fortgeschritten und jede Möglichkeit des Scheintodes ausgeschlossen ist.


§ 8
Särge und Urnen

(1) Unbeschadet der Regelung des § 18 sind Bestattungen bzw. Beisetzung
grundsätzlich in Särgen oder Urnen vorzunehmen.

(2) Behältnisse zur Beisetzung von Aschen und zur Bestattung von Toten (Särge,
Urnen und Überurnen), deren Ausstattung und Beigaben sowie Totenbekleidung
müssen so beschaffen sein, dass die chemische, physikalische oder biologische
Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert
wird und ihre Verrottung und die Verwesung der Leichen innerhalb der
Ruhezeit ermöglicht wird. Maßnahmen, bei denen den Toten Stoffe zugeführt
werden, die die Verwesung verhindern oder verzögern, bedürfen der Genehmigung
des Friedhofsträgers. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet
sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist.

(3) Die Särge dürfen höchstens 2,15 m lang, 0,75 m hoch und im Mittelmaß 0,70
m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, so ist die Zu-
stimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuho-
len.

§ 9
Ausheben der Gräber

(1) Die Grabbereitung erfolgt durch Bedienstete der Stadtwerke Selm GmbH, die
hierfür von der Stadt Selm beauftragt sind. Sie umfasst das Ausheben, Verbauen
und Verfüllen der Grabstätte sowie das Abräumen der auf den Grabstätten nach der
Beisetzung bzw. Bestattung vorhandenen Trauerfloristik und die Abfuhr des über dem
geschilderten Höhenniveau des Grabfeldes liegenden Bodens. Ein Auffüllen des
Grabes findet nur im Rahmen einer Bestattung statt.

(2) Die Tiefe des Grabes beträgt von Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne
Grabhügel) 0,90 m, von Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m.

(3) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m
starke Erdwände getrennt sein.

(4) Vor einer Bestattung bzw. Beisetzung in einer bereits angelegten Grabstätte
sind von dem/der Nutzungsberechtigten erforderlichenfalls rechtzeitig vor der
Graböffnung Gedenkzeichen, Grabbegrenzungen, Grababdeckungen, Fundamente,
Anpflanzungen und Grabzubehör vorübergehend zu entfernen. Sofern
diese zur Sicherstellung des Bestattungs- bzw. Beisetzungstermins durch die
Stadtwerke Selm GmbH entfernt werden müssen, werden dem/der Nutzungsberechtigten
die im Wege der Ersatzvornahme nach dem Verwaltungsvollstreckungs-
stellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG) entstehenden Kosten
von der Stadt Selm in Rechnung gestellt.

§ 10
Ruhezeit


§ 11
Umbettungen und Ausgrabungen


(4) Bei Entziehung von Nutzungsrechten gem. § 24 Abs. 3 können Leichen oder Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in Grabstätten aller Art umgebettet werden.


(6) Der/Die Antragsteller/in hat neben den durch die Umbettung oder Ausgrabung entstehenden Gebühren auch für den Ersatz von etwaigen Schäden, die durch die Umbettung oder Ausgrabung an benachbarten Gräbern, Einrichtungen oder Anlagen verursacht werden, aufzukommen, es sei denn, der Stadt Selm kann vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln nachgewiesen werden.
Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

Für Grabstätten, die durch eine Ausgrabung frei werden, erfolgt keine Gebührenersstattung.

Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.

IV. Grabstätten und Aschenstreufelder

§ 12
Grabstätten und Bestattungsformen


(2) Es wird unterschieden zwischen folgenden Grabstätten und Bestattungsformen:
   a) Reihengrabstätten
   b) Rasenreihengräber mit Platte
   c) Wahlgrabstätten
   d) Urnenreihengrabstätten
   e) Urnenwahlgrabstätten
   f) Grabstätten für anonyme Bestattungen
   g) Grabstätten für teilanonyme Bestattungen
   h) Aschenstreufelder
   i) Kriegsgräber
   j) anonymes Grabfeld für Tot- und Fehlgeburen sowie die aus Schwangerschaftsabbrüchen stammenden Leibesfrüchte (Pusteblume).

(3) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb oder Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 13
Reihengrabstätten


(2) Es werden Reihengrabfelder eingerichtet
   a) für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr einschl. Tot- und Fehlgeburten
   b) für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr
(3) In jede Reihengrabstätte darf nur eine Leiche bestrafit werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte die Leichen eines Kindes unter einem Jahr, Tot- und Fehlgeburten sowie die aus einem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrucht zu bestatten, wenn seit der Erstbestattung weniger als 10 Jahre vergangen sind.


(6) Nach Ablauf der Ruhefristen fallen die Reihengräber an die Stadt Selm zurück.

(7) Im Übrigen finden die Bestimmungen des § 22 entsprechende Anwendung.

(8) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeit wird 6 Monate vorher veröffentlicht und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.

**§ 13a Rasenreihengräber mit Platte**

(1) Rasenreihengräber mit Platte sind Erd- oder Aschengrabstätten, die von der Stadt Selm für die Dauer der Ruhezeit mit Rasen eingesät und gepflegt werden.

(2) Hierbei handelt es sich um Grabstätten in besonders ausgewiesenen Flächen mit individueller Kennzeichnung durch eine Grabplatte.


(5) Für 2-stellige Rasenreihengräber ist jeweils eine 5- oder 10-jährige Verlängerung der Verfügberechtigung in Ausnahme zu § 13 Abs. 1 Satz 3 nach

(6) Kränze, Blumenschmuck und sonstiger Grabschmuck sind nur bei Bestattungen bzw. Beisetzungen bis zum Abräumen durch die Stadt Selm bzw. bis zur Einsaat zugelassen.


a) Format: liegende Grundplatte 0,6 m Breite, 0,4 m Tiefe, Stärke 0,06 m.


d) Einbau: Die Grabplatte ist flucht- und höhengerecht nach Vorgabe der Friedhofsverwaltung an die Höhe der angrenzenden Oberbodenflächen anzulegen. Der Einbau der Grabplatte bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

e) In den Fällen, in denen eine zweite Grabstelle im Rahmen der ersten Beisetzung erworben wird, kann alternativ eine Grabplatte der Größe 0,8 m x 0,6 m verwendet werden die den Anforderungen gem. Buchst. a)-d) entspricht.

(9) § 13 Absätze 1 und 6 gelten entsprechend.
§ 14
Wahlgrabstätten


(3) Das Nutzungsrecht entsteht mit Zahlung der fälligen Gebühren und Aushändigung der Verleihungsurkunde.

(4) Während der Nutzungszeit darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist.

(5) Nutzungsberechtigte haben jede Änderung ihrer Anschrift mitzuteilen. Für einen Schaden, der aus der Unterlassung einer solchen Mitteilung entsteht, ist die Stadt Selm nicht ersatzpflichtig.


Liegt im Falle des Todes des/der Nutzungsberechtigten eine solche Nachfolgeregelung nicht vor und hat der/die Nutzungsberechtigte auch durch Verfügung von Todes wegen das Nutzungsrecht nicht wirksam übertragen, werden die Angehörigen in der nachstehenden Rangfolge Nutzungsberechtigte:

a) der/die Ehepartner/in
b) der/die Lebenspartner/in nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft
c) volljährige Kinder
d) die Eltern
e) volljährige Geschwister
f) Großeltern

g) volljährige Enkelkinder

h) die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.


Sofern keine der vorgenannten Personen innerhalb eines halben Jahres nach dem Ableben des/der bisherigen Nutzungsberechtigten die Zustimmung erklärt, erlischt das Nutzungsrecht.

In begründeten Fällen kann das Nutzungsrecht bereits zu Lebzeiten der/des Nutzungsberechtigten durch Abgabe einer Erklärung bei der Stadt Selm oder ihrer/ihrer Beauftragten übertragen werden.

Der/die jeweilige Rechtsnachfolger/in soll seinerseits/ihrerseits unverzüglich seinen/ihrer Nachfolger/in für das Nutzungsrecht entsprechend den oben genannten Regelungen bestimmen.

(7) Der/Die jeweils Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 6 genannten Personen übertragen; er/sie bedarf hierzu der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(8) Jede/r Rechtsnachfolger/in hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.


(10) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und Pflege der Grabstätte.


Im Übrigen finden die Bestimmungen des § 22 entsprechende Anwendung.

(14) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes durch Zeitablauf wird der/die Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich, falls er/sie nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung und durch einen Hinweis auf der Grabstätte hingewiesen. Im Übrigen finden die Bestimmungen des § 22 entsprechende Anwendung.

§ 15
Aschenbeisetzung

(1) Aschen dürfen beigesetzt werden in

a) Urnenreihengrabstätten (§ 15 Abs. 2)
b) Urnenwahlgrabstätten (§ 15 Abs. 3)
c) Anonymen Urnenreihengrabstätten (§ 16)
d) Grabstätten für Erdbestattungen mit Ausnahme der Reihengrabstätten (§ 15 Abs. 5)
e) auf Aschenfeldern (§ 18)
f) Urnen im Wurzelbereich eines Baumes (Baumbestattung, § 15 Abs. 7)
g) Rasenreihengräber mit Platte (§ 13a).

(2) Urnenreihengrabstätten sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden. Über die Zuweisung der Urnenreihengrabstätte wird dem/r Auftraggeber/in der Bestattung ein Gebührenbescheid ausgestellt, aus dem die zugewiesene Grabstelle erkennbar ist. In einer Urnenreihengrabstätte kann eine Urne beigesetzt werden. Soweit sich nicht aus der Friedhofssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengräber entsprechend.


(4) Anonyme Urnenreihengrabstätten werden vergeben, wenn dies dem Willen des/der Verstorbenen entspricht. Die Beisetzung erfolgt der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,50 m x 0,50 m.


§ 16
Grabstätten für anonyme Bestattungen


(2) Die Felder werden als einheitliche Fläche (Rasen- oder mit Bodendeckern be setzte Fläche) gestaltet. Grabzeichen jeder Art, auch private Anpflanzungen, sind nicht zugelassen und können von der Friedhofsverwaltung ohne Vorankündigung ersetzt- und entschädigungslos entfernt werden.


(4) Die Bestattung bzw. Beisetzung auf einem dieser Felder wird nur auf besonderen Wunsch des/der Verstorbenen oder der Angehörigen unter Anerkennung der vorstehenden Bestimmungen zugelassen.
§ 16a

Anonymes Grabfeld für Tot- und Fehlgeburten

(1) Die Friedhofsverwaltung unterhält auf dem Friedhof in Selm ein gesondertes Grabfeld für Tot- und Fehlgeburten sowie die aus Schwangerschaftsabbrüchen stammenden Leibesfrüchte. Das Grabfeld trägt den Namen „Pusteblume“.

(2) Eltern haben die Möglichkeit, dort ihr tot- oder fehlgelöschtes Kind sowie die aus Schwangerschaftsabbrüchen stammenden Leibesfrüchte kostenlos beisetzen zu lassen. In Ausnahme zu § 10 dieser Satzung beträgt die Ruhezeit 15 Jahre. Ein Nutzungsrecht wird nicht verliehen, die Beisetzung erfolgt anonym.

(3) Den Trauernden wird jederzeit, insbesondere zur Beisetzung, die Möglichkeit gegeben, dort kleinere Blumengestecke, kindlichen Grabschmuck und Kerzen abzulegen.

§ 17

Grabstätten für teil anonyme Bestattungen


(4) Die Bestattung bzw. Beisetzung auf einem dieser Felder wird nur auf besonderen Wunsch des/der Verstorbenen oder der Angehörigen unter Anerkennung der vorstehenden Bestimmungen zugelassen.

§ 18

Aschenfeld

(2) Sofern der/die Verstorbene dies entsprechend den Bestimmungen des § 15 Abs. 6 Bestattungsgesetz NRW schriftlich bestimmt hat, kann die Totenasche im Beisein der Angehörigen durch den/die Bestatter/in durch Verstreugung der Asche oder in einem Aschegrabfeld in würdiger Weise beigesetzt werden. Eine entsprechende schriftliche Erklärung der / des Verstorbenen ist der Friedhofsverwaltung vor der Beisetzung im Original vorzulegen.

(3) Am Aschenstreueld und auf dem Aschegrabfeld wird nicht gekennzeichnet, wer beigesetzt worden ist.

(4) Die Gestaltung und Pflege des Grabfeldes obliegt ausschließlich der Stadt Selm oder ihrer/Ihres Beauftragten.


§ 19
Kriegsgräber

Die Ehrengräber für Kriegsopfer gelten als Gemeinschaftsgräber. Sie werden nach dem Gesetz über die Sorge für die Kriegsgräber vom 27.05.1952 von der Stadt Selm oder ihrer/ihrer Beauftragten angelegt und gepflegt.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 20
Gestaltungsgrundsätze

(1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofs­zweck und der Zweck dieser Satzung, sowie die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt werden.

(2) Der Baumbestand auf den Friedhöfen steht unter besonderem Schutz. Die Entfernung von Bäumen jeder Größe bedarf der Zustimmung der Friedhofsverwal­tung.

§ 21
Grabmale und bauliche Anlagen


Sogenannte Liegeplatten, die mehr als 2/3 der Gesamtfläche des Grabes überdecken, sind nicht zugelassen. Die Liegeplatte muss aus einem Stück gefertigt sein. Sie muss eine Mindeststärke von 5 cm haben und darf maximal 20 cm über die Geländeoberkante herausragen. Bei der Neigung ist zu beachten, dass

(2) Die Errichtung von Grabmalen, Grabeinbauten und sonstigen baulichen Anlagen oder deren Veränderung ist unbeschadet sonstiger Rechtsvorschriften bei der Friedhofsverwaltung zu beantragen und nur mit ihrer Genehmigung gestattet. Sie ist berechtigt, Anordnungen zu treffen, die Werkstoff, Art und Größe der Denkzeichen usw. betreffen, soweit Absatz 1 und § 20 Abs. 1 verletzt werden.

Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig, sofern sie größer als 0,15 m x 0,30 m sind.

Grabmale sind an die bestehenden Gegebenheiten anzupassen. Grabmale sind fluchtgerect in gerader Linie zu den übrigen Grabmalen aufzustellen.

Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstigen baulichen Anlagen nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden sind.


Den Anträgen sind 2-fach beizufügen:

a) der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung. Bei der Anbringung eines QR-Codes oder eines anderen vergleichbaren maschinenlesbaren Verweises ist der Inhalt der hinterlegten Internetadresse zum Zeitpunkt des Antrages vollständig anzugeben.

b) soweit es zum Verständnis erforderlich ist, Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung

c) In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells im Maßstab 1:10 oder das Aufstellen einer Attrappe in natürlicher Größe auf der Grabstätte verlangt werden.

(4) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Der Abs. 3 gilt entsprechend.

Bei der Anlieferung von Grabmalen, Grabein­fassungen oder sonstigen bauli­chen Anlagen ist der Friedhofsverwaltung der genehmigte Aufstellungs­antrag vorzulegen.

Zum Schutz der Allgemeinheit und des Nutzungsberechtigten sind die Grab­male nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern und Einfassungen für Grabstätten des Bundesverbandes der Deutschen Stein­metz-, Stein­ und Holzbildhauerhandwerks, in der jeweils gültigen Fassung) so zu fundamen­tieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öff­nen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für Grabein­fassungen und sonstige bauliche Anlagen entsprechend.

Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Friedhofs­verwaltung gleichzeitig mit der Zustimmung. Die Friedhofs­verwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschrie­bene Fundamentierung durchgeführt worden ist.

Die Stein­stärke muss die Stand­festigkeit der Grab­male gewährleisten.

Grabmale und Einfassungen können in Eigenleistung erstellt werden, sofern die Vorgaben der Satzung eingehalten werden. Die Errichtung von Grab­malen und Fundamenten und sonstigen baulichen Anlagen bedarf der vorherigen Genehm­igung der Friedhofs­verwaltung. Weiterhin bedarf es innerhalb von vier Wo­chen nach Aufstellung einer einmaligen Abnahme durch eine fachkundige Per­s­on (z.B. durch einen Stein­metz) nach der technischen Anleitung zur Standsi­cherheit von Grab­lagen, welcher über eine Betrieb­schaftpflicht­versicherung verfügt. Weiterhin muss eine Risikoversicherung durch den Aufstellenden nach­gewiesen werden.

Ohne Zustimmung aufgestellte Grabmale und Grab­male, die den Vorschriften dieser Satzung nicht entsprechen, können 1 Monat nach Benachrichtigung des/der Verfügungsberechtigten oder des/der Nutzungsberechtigten von der Stadt Selm oder ihrer/Ihres Beauftragten entfernt werden. Bei Gefahr im Ver­zuge gilt § 24 Abs.2 entsprechend.


Die Grabmale, Grabein­fassungen und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist insoweit bei Reihengrab­stätten/Urnenreihengrab­stätten der/die Verfügungsberechtigte, bei Wah­lgrab­stätten/Urnenwahlgrab­stätten der/die jeweilige Nutzungsberechtigte.
(13) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden verantwortlich, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen verursacht wird; die Haftung der Stadt bleibt unberührt. Die Verantwortlichen haften der Stadt Selm im Innenverhältnis, soweit diese nicht grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz trifft.


§ 22
Abräumung von Grabstätten

(1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts dürfen Grabmale und sonstige Grabausstattungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung von der Grabstätte entfernt werden.


§ 23
Gärtnerische Grabgestaltung


(7) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

(8) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.

(9) Für die Grababdeckung wird die Verwendung von Rindenmulch empfohlen anstelle von Torf.

(10) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Wertstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinlassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszeichen, Gießkannen und anderes


§ 24
Vernachlässigung der Grabstättenunterhaltung

(1) Stellt die Friedhofsverwaltung bei Kontrollen der Grabstätten bauliche Mängel oder Mängel bei der gärtnerschen Unterhaltung fest, werden die beanstandeten Grabstätten durch einen Hinweis gekennzeichnet. Die gemäß § 23 Abs. 3 zur Unterhaltung Verpflichteten werden über die festgestellten Mängel schriftlich unterrichtet und aufgefordert, die Mängel innerhalb einer angemessenen Frist zu beseitigen. 

Ist die Anschrift der zur Unterhaltung Verpflichteten weder bekannt noch mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln, erfolgt die Aufforderung durch öffentliche Bekanntmachung. In der schriftlichen Mitteilung bzw. in der öffentlichen Bekanntmachung ist auf die sich aus Abs. 2 und Abs. 3 ergebenden Folgen hinzuweisen.

(2) Nach fruchtlosem Ablauf der in Abs. 1 genannten Frist oder bei Gefahr im Verzug ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, sowohl beanstandete Gedenkzeichen von der Grabstätte zu entfernen oder auf die Grabstätte niederzulegen als auch die Grabstätte gärtnersch herzurichten oder herrichten zu lassen. Dann werden dem, der gemäß § 23 Abs. 3 zur Unterhaltung Verpflichteten, die im Wege der Ersatzvornahme nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG) entstehenden Kosten in Rechnung gestellt.

(3) Bei schwerwiegenden Mängeln kann die Stadt Selm nach fruchtlosem Ablauf der in Abs. 1 genannten Frist

a) Reihengrabstätten einbeben,
b) bei Wahlgrabstätten das Nutzungsrecht entschädigunglos entziehen und die Gräber einbeben. Vor dem Entzug des Nutzungsrechtes ist der/die Nutzungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Mängel unverzüglich zu beseitigen.

Ist seine/ihrer Anschrift weder bekannt noch mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln, haben noch einmal eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung und ein entsprechender Hinweis an der Grabstätte zu erfolgen.

Die vor Ablauf der Ruhefrist entstehenden Pflegekosten werden gemäß der Friedhofsgebührensatzung dem/der gemäß § 23 Abs. 3 zur Unterhaltung Verpflichteten in Rechnung gestellt.
VI. Leichen- und Trauerhallen

§ 25
Benutzung der Leichenhalle


(2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen sehen. Die Särge sind spätestens ½ Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung endgültig zu schließen. Die Verwaltung ist berechtigt, bei einer rasch verwesenden Leiche die sofortige Schließung anzuordnen. § 26 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 26
Trauerfeier

(1) Die Trauerfeiern am Sarg oder an der Urne müssen in einem dafür bestimmten Raum (Friedhofskapelle) oder am Grab abgehalten werden.

(2) Auf Antrag der Hinterbliebenen kann die örtliche Ordnungsbehörde gestatten, dass während der Trauerfeier der Sarg geöffnet wird. Der Antrag kann nicht genehmigt werden, wenn der oder die Verstorbene an einer ansteckenden übertragbaren Krankheit nach dem Infektionsschutzgesetz gelitten, die Leichenverwesung bereits begonnen hat oder die Ausstellung der Leiche der Totenwürde oder dem Pietätsempfinden der Teilnehmenden widersprechen würde.

(3) Die Benutzung der Friedhofskapelle kann untersagt werden, wenn der /die Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

VII. Schlussvorschriften

§ 27
Datenschutz

Bei der Stadt Selm oder ihrer/ihres Beauftragten erfolgt die Verwaltung der Friedhofsdaten mittels eines elektronischen Datenverarbeitungsprogrammes. Die einschlägigen Datenschutzbestimmungen sind einzuhalten.

§ 28
Haftung

Die Stadt Selm haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhut- und Überwachungspflichten. Im Übrigen haftet die Stadt Selm nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt. Bei der Anbringung eines QR-
Codes oder vergleichbaren Codierungen (§ 23 Abs. 3a) bleibt die / der Nutzungsbe-
rechtigte / Verfügungsberichtigte für die Inhalte während der gesamten Nutzungszeit
verantwortlich. Der Friedhofsträger übernimmt keine Haftung für die Inhalte.

§ 29
Gebühren

Für die Benutzung der von der Stadt Selm verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtun-
gen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu ent-
richten.

§ 30
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

a) sich als Besucher entgegen § 5 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofs
entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht
befolgt,

b) die Verhaltensregeln des § 5 Abs. 2 und 3 missachtet,

c) als Gewerbetreibender entgegen § 6 Abs. 1 ohne vorherige Zulassung
tätig wird oder entgegen § 6 Abs. 5 an Sonn- und Feiertagen Arbeiten
durchführt.

d) eine Bestattung bzw. Beisetzung entgegen § 7 Abs. 1 der Friedhofsver-
waltung nicht anzeigt,

e) entgegen § 21 Abs. 2, 4 und 13 bzw. § 22 Abs. 1 ohne vorherige Zustim-
mung Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet, verändert oder entfernt,

e) Grabmale entgegen § 21 Abs. 7 nicht fachgerecht befestigt und funda-
mentiert oder entgegen § 21 Abs. 11 nicht in verkehrssicheres Zustand
erhält,

f) nicht verrottbare Wertstoffe, insbesondere Kunststoffe, entgegen § 23
Abs. 10 verwendet oder so beschaffenes Zubehör oder sonstigen Ab-
raum oder Abfall nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten
Behältnissen entsorgt,

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 € geahndet
werden.

§ 31
Verwaltungsverfahren

Das Verwaltungsverfahren nach dieser Satzung kann über eine einheitliche Stelle
nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz NRW abgewickelt werden (vgl. §§ 71a ff.
VwVfG NW).
§ 32
Inkrafttreten